

Graeme Currie

Ausgeträumt: das schottische Unabhängigkeitsreferendum von 2014

Einführung

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit dem Referendum, das am 18. September 2014 in Schottland abgehalten wurde. Darin wurde die schottische Bevölkerung gefragt: „Soll Schottland ein unabhängiger Staat sein?“ Das Referendum scheiterte, 55 Prozent der Wähler lehnten die Unabhängigkeit ab.¹

Das schottische Unabhängigkeitsreferendum von 2014 kann unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden. Ich werde mich vor allem auf zwei Aspekte konzentrieren: zum einen auf die breite Unabhängigkeitsbewegung, verstanden als ein Zusammenschluss von Kräften, Individuen und Gruppen, die sich unter einem unabhängigen Schottland ein anderes Land als das gegenwärtige Schottland vorstellen. Zum anderen möchte ich auf die aus meiner Sicht wichtigsten Gründe für das Scheitern des Referendums eingehen, die in einigen entscheidenden Schwächen der Vorschläge, die die von der *Scottish National Party* (SNP) angeführte offizielle Unabhängigkeitskampagne („*Yes Scotland*“) für die Gestaltung der Unabhängigkeit vorgelegt hatte, zu finden sind.

Zunächst möchte ich jedoch den Kontext und einige Hintergründe des Referendums erläutern.

Wieder eine Nation werden

Der unmittelbare Anlass für die Forderung nach einem Referendum war die Parlamentswahl im Jahr 2011, bei der die SNP in Schottland die absolute Mehrheit der Parlamentsmandate erlangte. Ein Unabhängigkeitsreferendum war ein Wahlversprechen der SNP gewesen, die nun in der Lage war, es auch zu erfüllen. Die britische Regierung fügte sich, und am 15. Oktober 2012 wurde das Abkommen von Edinburgh unterzeichnet, in dem „die Regierung des Vereinigten Königreichs und die Regierung Schottlands [...] darin übereingekommen [sind] zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass ein Referendum über die schottische Unabhängigkeit stattfinden kann“.²

1 Insgesamt stimmten 55 Prozent der Wähler (2.001.926) mit „Nein“, 45 Prozent (1.617.989) mit „Ja“. Die Wahlbeteiligung lag bei 84,5 Prozent.

2 Agreement between the United Kingdom Government and the Scottish Government on a referendum on independence for Scotland, Edinburgh, 15. Oktober 2012, unter: https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/313612/scottish_r

Jedoch liegen die Ursachen des Referendums natürlich viel tiefer. Die älteste davon ist die Vorstellung, dass Schottland ein „Land“ ist, eine „historische Nation“, ein ehemaliges eigenständiges Königreich. Ohne dieses historische Vermächtnis wäre die Entstehung einer Unabhängigkeitsbewegung wohl kaum vorstellbar. Obwohl das historische Argument von den Unterstützern der Unabhängigkeit während der Kampagne zumeist heruntergespielt wurde, ist es so gut wie undenkbar, dass ohne diesen Hintergrund eine Sezessionsbewegung hätte entstehen können.³

Ein weiterer grundlegender Faktor ist das in Schottland anzutreffende ausgeprägte Gefühl nationaler Identität. Hinsichtlich der angeblichen Unterschiede zwischen den Schotten und der übrigen britischen Bevölkerung in Bezug auf Werte und Einstellungen wurde während der Kampagne vieles behauptet und vieles widerlegt.⁴ Was die Frage der Identität betrifft, dürfte jedoch kaum zu bestreiten sein, dass sich die Menschen in Schottland eher als Schotten denn als Briten betrachten. Umfragen aus dem Jahr 2011 zufolge verstehen sich 75 Prozent der Schotten – wenn sie sich entscheiden müssten – als schottisch und nur 15 Prozent als britisch. In England bezeichneten sich 42 Prozent als englisch und 43 Prozent als britisch.⁵ Trotz des mehrheitlichen Bekenntnisses zu der Bezeichnung als „Schotten“ spiegelt sich das Ergebnis nicht in der Unterstützung für die Unabhängigkeit wider. Diese hatte sich zuletzt zwischen 25 und 40 Prozent eingependelt und erwies sich nur höchst selten als mehrheitsfähig.⁶

In den 307 Jahren der Existenz des Vereinigten Königreichs war die Agitation für einen Austritt Schottlands aus der Union niemals stark genug gewesen, um einen solchen Schritt realistisch erscheinen zu lassen – bis heute. Was hat sich also verändert? Die ersten Wahlerfolge der SNP Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre fielen mit dem Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammen, der Vorgänge-

referendum_agreement.pdf (alle Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

- 3 Schottlands Status innerhalb des Vereinigten Königreichs ist recht interessant. Am bemerkenswertesten ist dabei, dass es sich beim Vereinigten Königreich zwar um einen unitären Staat handelt, Schottland aber schon immer mehrere wichtige Institutionen einer eigenen Staatlichkeit besaß, wie etwa die presbyterianische Kirche Schottlands, das schottische Recht (ein Mischsystem aus einem Zivilrecht „kontinentalen“ Stils und einem Gewohnheitsrecht nach englischem Vorbild) sowie ein eigenes Bildungswesen. Während der Debatten um das Referendum wurde sowohl von Befürwortern der Unabhängigkeit als auch von ihren Gegnern auf diese Unterschiede hingewiesen. Erstere sahen darin den Beweis dafür, dass Schottland eindeutig ein eigenständiges Land ist, das die Unabhängigkeit verdient; Letztere sahen darin den Beleg dafür, dass Schottland seine Besonderheiten sehr wohl auch innerhalb der bestehenden Union bewahren kann.
- 4 Beispielsweise bezüglich der Frage, ob Schottland stärker proeuropäisch oder stärker linksgerichtet ist als das Vereinigte Königreich als Ganzes.
- 5 Vgl. Government Office for Science, Future Identities. Changing identities in the UK: the next 10 years, London 2013, S. 9-10, 13-14, unter: <https://www.gov.uk/government/publications/future-identities-changing-identities-in-the-uk>.
- 6 Ein Überblick über verschiedene Umfragen aus der Zeit zwischen der Konstituierung des schottischen Parlaments 1999 und dem Unabhängigkeitsreferendum ist zu finden unter: <http://ukpollingreport.co.uk/scottish-independence>.

rin der Europäischen Union (EU), und der Entdeckung großer Ölvorkommen in den (überwiegend schottischen) Gewässern des Vereinigten Königreiches. Das war kein Zufall: Der Slogan „Es ist Schottlands Öl“ war der Hauptschlachtruf der SNP in den 70er Jahren. Später lautete er „Unabhängigkeit in Europa“.

Zu jener Zeit war auch der Niedergang Großbritanniens als Großmacht am deutlichsten zu beobachten. Während sich das Vereinigte Königreich auf der Suche nach einer neuen (postimperialen und postindustriellen) Rolle in der Welt befand, entwickelte die Idee einer schottischen Selbstverwaltung (Autonomie oder vollständige Unabhängigkeit) eine Eigendynamik, die sie zuvor – als Britannien die Meere beherrschte – nie hatte.

Diese Reaktion auf den imperialen und industriellen Abstieg sowie die Aussicht auf Wohlstand durch Öl und den Erfolg als kleine Nation in der EWG/EU haben sicherlich dazu beigetragen, dass der schottische Nationalismus einen regelrechten Boom erlebte.⁷ Entscheidend für die Herausbildung einer breiteren Unabhängigkeitsbewegung, wie sie 2014 offenkundig wurde, war jedoch – vielleicht paradoxerweise – ein Phänomen, das oft als das Mittel bezeichnet wird, mit dem das Vereinigte Königreich seinen Niedergang nach dem Zweiten Weltkrieg überwunden hat, nämlich das wichtigste politische Phänomen in den letzten 40 Jahren der Geschichte Großbritanniens: der Thatcherismus.

Unabhängig davon, wie man zu der Politik der konservativen Regierungen im Vereinigten Königreich zwischen 1979 und 1997 steht, gibt es einen breiten Konsens darüber, dass die drakonische Reform des Gewerkschaftsrechts, die systematische Zerstörung der Bergbauindustrie (und großer Teile der Schiffsbau- und Stahlindustrie), der Start des umfangreichsten Privatisierungsprogramms, das es je gab, die Deregulierung der Finanzdienstleistungen, der Abbau von Elementen des Sozialstaats sowie der gescheiterte Versuch, eine auf Aktienbesitz beruhende „Unternehmerwirtschaft“ aufzubauen, die einschneidendste Veränderung in der Nachkriegsgeschichte Großbritanniens darstellen.

Diese Politik war im gesamten Vereinigten Königreich umstritten, vor allem aber in Schottland. Dort zeigte sich die Unbeliebtheit der *Conservative Party* an dem Stimmeneinbruch während ihrer 18-jährigen Regierungszeit. Die Zahl der schottischen *Tory*-Abgeordneten sank von 22 der 72 Sitze im Jahr 1979 (31,4 Prozent der Stimmen) auf null von 72 im Jahr 1997 (17,5 Prozent). Bei allen darauffolgenden Wahlen konnte lediglich ein einziger konservativer Abgeordneter aus einem schottischen Wahlkreis einen Sitz in Westminster erlangen.

Meine These lautet – wie ich später noch ausführlicher darstellen werde –, dass dieser Zeitraum der entscheidende Faktor für die Herausbildung einer

7 In der schottischen Politik wird der Begriff „nationalistisch“ häufig wertneutral benutzt, um die Anhänger der SNP (bzw. der Unabhängigkeit im Allgemeinen) zu beschreiben. Soweit nicht anders angegeben, verwende ich das Wort in dieser Bedeutung.

breiten Volksbewegung und einer ebensolchen politischen Bewegung war, die 2014 beinahe zur Unabhängigkeit Schottlands geführt hätten.

Vom Zusammenbruch des schottischen Konservatismus⁸ profitierte zunächst die *Labour Party*. Jedoch hat die Unzufriedenheit mit *Labour* in den letzten Jahren auch in Schottland zugenommen. Viele haben den Eindruck, dass sich die Partei unter Tony Blair und Gordon Brown weit von ihren sozialistischen Wurzeln entfernt hat, um im gesamten Vereinigten Königreich wählbar zu sein. Darüber hinaus boten die überwältigende *Labour*-Mehrheit im Stadtparlament von Glasgow und die anhaltende große Armut in der größten Stadt Schottlands der SNP die Gelegenheit, der *Labour Party* ihren selbstgefälligen Parteiapparat vorzuwerfen.⁹ Und es ist in der Tat bemerkenswert, dass zu den vier *Council Areas*, in denen eine Mehrheit für die Unabhängigkeit gestimmt hat, einstige *Labour*-Hochburgen wie Glasgow oder Dundee gehörten.

Die größte verfassungsrechtliche Änderung in der politischen Geschichte Schottlands seit 1707 wurde jedoch von der britischen *Labour*-Regierung herbeigeführt, die auf der Grundlage des Dezentralisierungsreferendums von 1979 im Jahr 1999 das schottische Parlament schuf. Die Vorhersage des damals mit der Vorbereitung von *Labours* Dezentralisierungsplänen beauftragten Schattenministers für Schottland George Robertson, die Dezentralisierung werde „dem Nationalismus den Garaus machen“,¹⁰ erwies sich allerdings als gänzlich falsch. Während die *Labour Party* das Parlament in Edinburgh („*Holyrood*“) anfangs noch dominiert und von 1999 bis 2007 in den Koalitionsregierungen mit den Liberaldemokraten die führende Rolle gespielt hatte, ging die SNP aus den Parlamentswahlen von 2007 als stärkste Partei hervor und bildete eine Minderheitsregierung. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2011 führte die Wahrnehmung, dass die SNP kompetente Regierungsarbeit leistete, in Verbindung mit massiven Stimmenverlusten der Liberaldemokraten und der *Labour Party* (Erstere hatten erheblich an Popularität eingebüßt, seit sie 2010 in Westminster eine Koalition mit den Konservativen eingegangen waren) dazu, dass die SNP sich die Mehrheit der Sitze im schottischen Parlament sichern konnte – etwas, was zuvor oftmals als unmöglich bezeichnet worden war.

In jüngster Zeit haben die Sparpolitik und die in Schottland extreme Unbeliebtheit der von David Camerons Konservativen angeführten Regierungskoalition – die immer wieder als besonders elitäre Gruppe innerhalb der ohnehin schon elitären Welt der britischen Politik verhöhnt wurde – die Desillusionierung über die britische Politik noch weiter vorangetrieben. Die SNP war nun in der Lage, die Unzufriedenheit mit dem „System Westminster“ voll auszunutzen und für die Unabhängigkeit zu werben. Zugute kamen ihr dabei

8 Die Konservative Partei in Schottland heißt offiziell *Conservative and Unionist Party*.

9 Eine knappe Erörterung der Krise von *Labour* in Schottland findet sich z.B. unter: <http://www.nybooks.com/articles/archives/2014/mar/20/will-scotland-go-independent>.

10 Vgl. How Bulldog Brown Could Call Salmond's Bluff, in: *The Scotsman*, 6. Mai 2007, unter: <http://www.scotsman.com/news/how-bulldog-brown-could-call-braveheart-salmond-s-bluff-1-1418942>.

nicht nur die eigene Effektivität bei der Regierungsführung, sondern auch der Mangel an glaubwürdigen Alternativen – mit einer *Labour Party*, die fast so weit vom Volk entfernt wirkte wie die Konservativen, und einer Liberaldemokratischen Partei, deren Wahlaussichten sich drastisch verschlechtert hatten.

Kurzum: Gestützt auf das historische Vermächtnis nationaler Staatlichkeit, ein starkes Gefühl nationaler Identität und eine tiefe Desillusionierung über die britische Politik, befand sich die SNP in einer guten Ausgangsposition für die Forderung nach einem Unabhängigkeitsreferendum. Die Heterogenität der breitgefächerten Unabhängigkeitsbewegung – das Bündnis von Nationalisten und anderen Befürwortern der Unabhängigkeit, von denen die meisten im weitesten Sinne als „links“ bezeichnet werden können – steht im Mittelpunkt des nächsten Abschnitts.

Unendlich viele Vorstellungen von Schottland

„Ich schlage vor, eine Nation so zu definieren: Sie ist eine imaginäre politische Gemeinschaft.“

Benedict Anderson¹¹

„Arbeite so, als lebst du in den frühen Tagen einer besseren Nation.“

Alasdair Grey¹²

Wenn Nationen imaginäre Gemeinschaften sind, dann ist eine Unabhängigkeitsbewegung ein Raum, in dem die Vorstellungen von „Nation“ grenzenlos sind. Die Unabhängigkeitsbewegung war ein heterogenes Bündnis, an dem sich ganz unterschiedliche Akteure unter dem von der SNP geführten „*Yes-Scotland*“-Banner beteiligten, dem aber auch unabhängige Organisationen wie z.B. *Radical Independence* angehörten.

Gruppierungen, die im alltäglichen britischen (oder schottischen) politischen Geschehen eher als „Randgruppen“ bezeichnet würden – also Parteien, die normalerweise nicht darauf hoffen würden, in einem der nationalen Parlamente vertreten zu sein –, spielten in dem Referendum eine deutlich prominentere Rolle als sonst. Eines der am meisten diskutierten Themen im Zusammenhang mit dem Referendum war, dass es dazu geführt hatte, dass das politische Engagement der Basis in einem Maße aufblühte, wie man es in den letzten Jahren im Vereinigten Königreich nicht gesehen hatte.

Natürlich sieht jede Gruppierung der Unabhängigkeitsbefürworter in der Unabhängigkeit ein Mittel zur Verwirklichung der von ihr bevorzugten Ziele, sei es die Realisierung der historischen Bestimmung des schottischen Volkes, das Streben nach einer sozialen Demokratie, eine grüne Agenda, oder auch

11 Benedict Anderson, *Imagined Communities*, London 1983, S. 5-7.

12 Alasdair Gray, *Unlikely Stories Mostly*, Edinburgh 1983, Frontispiz.

wie im Falle einiger libertärer Befürworter der Unabhängigkeit die Aussicht auf eine liberalkonservative Utopie mit geringer Regulierung, niedrigen Steuern und einem schlanken Staat.¹³ Im Großen und Ganzen bestand das Bündnis der Befürworter der Unabhängigkeit jedoch aus Nationalisten und Kräften, die als „reformistisch“ charakterisiert werden könnten. Mit Ausnahme des nationalistischen harten Kerns der Bewegung ging es den Unabhängigkeitsbefürwortern jedoch nicht um ein „Schottland über alles“. Sie wurde vielmehr als ein Mittel zum Zweck angesehen – Reformen, Veränderungen, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, grüne Politik und der Bruch mit dem System Westminster, dem britischen Establishment, der in Verruf geratenen alten Politik und der „*Business-as-usual*“-Haltung.

Ungeachtet dessen, ob die sozialdemokratische Positionierung der SNP einer genaueren Prüfung standhielte oder nicht und ob sie aus Überzeugung oder Opportunismus herrührt, ist es der Partei gelungen, ein Image aufzubauen, in dem sich traditionelle nationalistische Anliegen wie Autonomie mit aktuellen Sorgen hinsichtlich Demokratie, Wohlfahrt, Sparpolitik und Ungleichheit vermengen. Es ist der SNP in den letzten Jahren zweifellos gelungen, sich als diejenige Partei darzustellen, die die Lücke füllt, die durch den Rechtsruck der britischen *Labour Party* entstanden ist.

Die SNP ist natürlich keineswegs nur eine linke Partei, sondern hat auch als eine effektiv regierende Partei der Mitte eine gewisse Anziehungskraft erworben, was sie erfolgreich mit ihrem Anspruch verbindet, Vertreterin einer radikalen Alternative in der politischen Landschaft des Vereinigten Königreichs zu sein. Dieses Paradoxon – dass die SNP sowohl erfolgreiche Regierungspartei als auch der Außenseiter sein kann, der eine radikale Alternative zum Status quo anbietet – ist eine unerwartete Folge der Dezentralisierung.

Neben der SNP wurde die *Yes-Scotland*-Kampagne auch von der *Scottish Socialist Party* (SSP) und der *Scottish Green Party* unterstützt. Zu den bekanntesten zivilgesellschaftlichen Organisationen des Bündnisses gehörten *Radical Independence* (eine Dachorganisation, in der zahlreiche Organisationen und Initiativen vertreten waren, darunter auch die Grünen und die SSP), *National Collective* (hauptsächlich Schriftsteller, Künstler und Schauspieler) sowie die *Jimmy Reid Foundation* (und ihr Ableger *Common Weal*, der zahlreiche Publikationen herausbrachte, in denen es um verschiedene Aspekte des Lebens und der Politik in einem Schottland nach der Unabhängigkeit ging). Hinzu kamen mehrere prominente politische *Websites*, wie etwa die republi-

13 Auch wenn es sich dabei um eine Minderheit innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung handelt, gibt es doch Anhänger solcher Ansichten, wie etwa die Gruppierung „*Wealthy Nation*“, siehe: <http://www.wealtnation.org>. In der *Mainstream*-Debatte kamen Ansätze dieser Art am deutlichsten in dem Vorschlag der SNP zur Senkung der Körperschaftssteuer (um drei Prozent) zum Ausdruck sowie in der Nähe zwischen dem Ersten Minister Alex Salmond und Großunternehmern wie Donald Trump, Rupert Murdoch und dem schottischen Unternehmer – und Aktivist gegen die Rechte von Homosexuellen – Brian Souter. Vgl. Ian Dunt, *The right-wing business tycoons behind Alex Salmond's independence campaign*, *Politics.co.uk*, 15. September 2014, unter: <http://www.politics.co.uk/blogs/2014/09/15/the-right-wing-business-tycoons-behind-alex-salmond-s-indepe>.

kanische und „links-libertäre“ *Bella Caledonia*¹⁴ und die provokative *Wings over Scotland* (deren durch *Crowdfunding* finanziertes „*Wee Blue Book*“ ebenfalls eine wichtige Aktion war).¹⁵

Eine Äußerung von Robin McAlpine von *Radical Independence* fasst das Wesen dieses Bündnisses treffend zusammen: „Ihnen muss aufgefallen sein, dass die wahre Unabhängigkeitsbewegung mittlerweile kaum von der Bewegung für soziale Gerechtigkeit in Schottland zu unterscheiden ist.“¹⁶ In ähnlicher Weise beschreibt sich *Common Weal* als „eine wachsende Bewegung, die die Vision einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Schottland entwickelt, die sich von der politischen Orthodoxie unterscheidet, die Politik und Wirtschaft in London beherrscht“.¹⁷

In der breiten Unabhängigkeitsbewegung in Schottland verbindet sich also (mehr oder weniger zufällig) ein historisches Sezessionspotenzial mit einer tiefgreifenden Desillusionierung über die britische („Westminster“-) *Mainstream*-Politik und die großen politischen Parteien. Die Reformbewegung bekam in Schottland einen nationalistischen Anstrich aus dem einfachen Grund, dass Unabhängigkeit hier eine Option ist, die es in England so nicht gibt, wo die weit verbreitete Entfremdung und Desillusionierung nicht zu der Forderung nach Dezentralisierung, Autonomie oder auch nur nach mehr Befugnissen für die lokalen Verwaltungen geführt haben, und wo das deutlichste Beispiel für eine Protestwahl gegen die etablierten Parteien der Anstieg der Unterstützung für die EU- und einwanderungsfeindliche, rechtspopulistische *United Kingdom Independence Party* (UKIP) war.

Themen wie der Spesenskandal des britischen Parlaments, die Angst vor einer Privatisierung des staatlichen Gesundheitssystems (*National Health Service*, NHS), die Folgen der Sparmaßnahmen (die „Schlafzimmersteuer“, „*bedroom tax*“ – die Kürzung des Wohngeldes je nach Größe der Wohnung) und vieles mehr verbanden sich mit dem uralten Unabhängigkeitsstreben der SNP auf eine Weise, wie sie im übrigen Vereinigten Königreich nicht möglich gewesen wäre.

In gewisser Weise hat die Unabhängigkeitsbewegung in Schottland daher viele Gemeinsamkeiten mit anderen heutigen Basisbewegungen und politischen Anti-Establishment-Parteien, wie etwa *Occupy Wall Street* und seine Ableger, *Indignados* und *Podemos* in Spanien und *Syriza* in Griechenland. Diese Bewegungen sind ein Phänomen unserer Zeit, das der tief verwurzelten Entfremdung von und Unzufriedenheit mit dem politischen Establishment entspringt. Dass dieses Phänomen in Schottland in den Ruf nach Unabhängigkeit mündete, ist lediglich ein historischer Zufall.

14 Siehe unter: <http://bellacaledonia.org.uk>.

15 Siehe unter: <http://wingsoverscotland.com>; <http://wingsoverscotland.com/weebluebook>.

16 Robin McAlpine, *Independence is the Only Option for a Better Scotland*, 19. Oktober 2012, *Radical Independence Campaign*, unter: <http://radicalindependence.org/2012/10/19/independence-is-the-only-option-for-a-better-scotland>.

17 *What is Common Weal?*, abgerufen unter: <http://www.allofusfirst.org/what-is-common-weal>; seit Dezember 2014 nicht mehr online abrufbar.

Doch obwohl es diesem Bündnis von SNP und reformistischen Kräften beinahe gelungen wäre, einen bemerkenswerten Sieg zu erringen, war die Mehrheit der Stimmberechtigten in Schottland nicht von diesem radikalen Weg zu überzeugen gewesen. Die Gründe dafür werde ich im nächsten Abschnitt erörtern.

Einige wenige schwierige Fragen

In diesem Abschnitt werde ich der Frage nachgehen, inwiefern es der Unabhängigkeitskampagne mit ihrem imaginären Nation-Building nicht gelungen ist, auf mehrere wichtige Bedenken der Schotten entsprechend einzugehen, was letztlich zu ihrer Niederlage bei dem Referendum geführt hat.

Natürlich hat der negative Ausgang des Referendums auch andere Ursachen – darunter auch der angebliche „angeborene Konservatismus“ der schottischen Wähler, vor allem unter den Älteren und Wohlhabenderen. Auch die häufig geäußerte Unterstellung der Unabhängigkeitsbefürworter, das „britische Establishment“ führe eine Propaganda- und Täuschungskampagne, bei der auch die BBC eine entscheidende Rolle spiele, dürfte dazu beigetragen haben. Ich möchte mich jedoch auf drei Gesichtspunkte beschränken, die ich für ausschlaggebend halte:

- die Haltung der SNP zur Frage der Währung eines unabhängigen Schottlands,
- die Haltung der SNP zur Frage der Mitgliedschaft Schottlands in der EU und
- die wirtschaftlichen Konsequenzen einer Unabhängigkeit, vor allem in Bezug auf Schottlands gewaltigen Finanzsektor.

Auch wenn das Pro-Unabhängigkeitsbündnis aus weit mehr Akteuren bestand als nur der SNP, war die schottische Regierungspartei doch das Zentrum, und ihr 650 Seiten starkes *White Paper* „Schottlands Zukunft – Ihr Leitfaden für ein unabhängiges Schottland“ war sein wichtigstes Dokument.¹⁸ Während es dem breiten Bündnis freistand, sich eine utopische Zukunft für Schottland auszumalen, musste die SNP-Regierung mit ihrem *White Paper* einen nüchternen Ansatz für die Unabhängigkeit präsentieren. Letztlich ist die Unabhängigkeit nicht daran gescheitert, dass es nicht genügend Vorstellungen von den Möglichkeiten gab, die sich nach einem Ausscheiden aus der Union eröffnen würden – ganz im Gegenteil. Vielmehr konnten entscheidende praktische Elemente des Vorschlags der SNP für die Gestaltung eines unabhängigen Staates die Mehrheit der Bevölkerung nicht überzeugen.

18 The Scottish Government, *Scotland's Future – Your Guide to an Independent Scotland*, Edinburgh, November 2013, unter: <https://www.scotreferendum.com/reports/scotlands-future-your-guide-to-an-independent-scotland>.

Zwei Länder, eine Währung?

Die Frage, welche Währung ein unabhängiges Schottland haben würde, beherrschte die Debatte von der Veröffentlichung des *White Paper* im November 2013 an bis zu der zweiten Fernseh-Diskussion zwischen dem SNP-Vorsitzenden und Erstem Minister Schottlands Alex Salmond und dem Vorsitzenden der „*Better-Together*“-Kampagne für den Verbleib Schottlands im Vereinigten Königreich, Alistair Darling, einem *Labour*-Abgeordneten und früheren Schatzkanzler in der Regierung von Gordon Brown, am 25. August 2014 – nur 24 Tage vor dem Referendum.

Das *White Paper* und die Haltung der schottischen Regierung stützten sich auf die Empfehlung der *Fiscal Commission Working Group*, dass ein unabhängiges Schottland im Rahmen einer Währungsunion das britische Pfund beibehalten solle (wodurch Schottland auch ein Mitspracherecht bei der *Bank of England* erhielte). In der Zusammenfassung des *White Paper* heißt es:

„Das Pfund ist ebenso Schottlands Währung wie die des übrigen Vereinigten Königreichs.

Die aus Experten zusammengesetzte *Fiscal Commission Working Group* ist zu dem Schluss gekommen, dass es für ein unabhängiges Schottland und das übrige Vereinigte Königreich am besten wäre, das Pfund Sterling als Teil des Sterling-Gebiets beizubehalten.

Die schottische Regierung stimmt dieser Einschätzung zu. Die Beibehaltung des Pfund Sterling wird Unternehmen und Bürgern Kontinuität und Sicherheit gewährleisten. Ein unabhängiges Schottland wird einen substanziellen Beitrag zum Sterling-Gebiet leisten. Wir werden daher das Pfund in einem unabhängigen Schottland beibehalten.“¹⁹

Andere Optionen – der Euro, eine unabhängige Währung, eine unilaterale Verwendung des Pfunds – wurden zwar in Betracht gezogen (und von einigen Anhängern der breiteren Unabhängigkeitsbewegung auch bevorzugt), die schottische Regierung legte sich jedoch darauf fest, dass ein unabhängiges Schottland Teil einer Währungsunion würde.

Das größte Problem hierbei war, dass eine Währungsunion die Zusammenarbeit mit der britischen Regierung erfordert – was die Reaktion der *Better-Together*-Kampagne deutlich zeigte. Als die wichtigsten britischen Parteien (Konservative, *Labour*, Liberaldemokraten) allesamt verkündeten, dass eine Währungsunion ihrer Ansicht nach nicht im Interesse des Vereinigten Königreichs sei und dass sie eine solche ablehnten, geriet die Debatte in eine höchst unproduktive rhetorische Pattsituation, in der die Führung von *Yes Scotland* den britischen Parteien vorwarfen, zu bluffen, während *Better Together* und die drei großen britischen Parteien bis zum Überdruß darauf pochten, dass die SNP einen „Plan B“ bekanntgeben müsse.

19 Ebenda., S. 7.

Unabhängig davon, ob der Vorwurf, die britischen Parteien hätten geblufft, zutrifft oder nicht, besteht kein Zweifel daran, dass die Diskussion über eine Währungsunion das *Better-Together*-Lager gestärkt hat. Überzeugte Unabhängigkeitsbefürworter unterstellten den Westminster-Parteien weiterhin Unehrlichkeit und es gelang der Unabhängigkeitsbewegung nicht, der Ablehnung einer Währungsunion durch die britischen Parteien etwas entgegenzusetzen. So konnten neutrale Beobachter nur den Eindruck gewinnen, dass dieser wesentliche Aspekt der Unabhängigkeit Schottlands – milde ausgedrückt – nicht gründlich durchdacht war.

Warum hat die SNP einen solchen Kurs verfolgt und darauf beharrt, dass die britischen Parteien bluffen, und erst in allerletzter Minute eingeräumt, dass eine Alternative zu einer Währungsunion vielleicht notwendig sein könnte, falls ein positives Abstimmungsergebnis nicht zu Verhandlungen über eine Währungsunion führen sollte? Ein meiner Ansicht nach überzeugendes Argument lautet, dass die SNP angesichts des zähen Ringens um eine Mehrheit für eine Sezession genau wusste, dass die schottische Bevölkerung Angst vor der Ungewissheit haben würde, die eine unilaterale Verwendung des Pfunds ohne eine Währungsunion ebenso mit sich brächte wie die Einführung des von Problemen geplagten Euros oder die Schaffung einer neuen Währung.²⁰

Im Grunde genommen bestand die Strategie der SNP hier – wie auch in vielen anderen Fragen²¹ – darin, die Unabhängigkeit als etwas darzustellen, das kaum „Betriebsstörungen“ mit sich bringen würde (dasselbe gilt auch für die Haltung der SNP zu einer EU-Mitgliedschaft, siehe unten). Angesichts dessen, was man normalerweise unter Unabhängigkeit versteht, ist dies ein recht paradoxer Ansatz. So wie Salmond auf fast schon peinliche Weise auf einer Währungsunion beharrte, liegt die Vermutung nahe, dass die SNP bzw. *Yes Scotland* ganz genau wusste, dass der „Angstfaktor“ ein kritisches Ausmaß annehmen würde, sollte die Stabilität des Pfund Sterling keine Rolle mehr spielen. Taktisch gesehen konnten der Erste Minister und sein Team auch nicht viel tun, da die Alternativen in der schottischen Bevölkerung eher unbeliebt waren.

In den letzten Wochen der Kampagne hatte das *Yes-Scotland*-Lager mehr oder weniger eingesehen, dass eine Währungsunion wohl vom Tisch war. Die Rückfallposition, das Pfund unilateral beizubehalten, gab den Unabhängigkeitsgegnern die Chance darauf hinzuweisen, dass dies faktisch zu einer Situ-

20 Einer Panelbase-Umfrage zufolge, die am 6. Februar 2014 für die Sunday Times und Real Radio durchgeführt wurde, bevorzugten 46 Prozent der Befragten eine Währungsunion und nur zwölf Prozent eine unilaterale „Sterlingsisierung“. Elf Prozent favorisierten eine neue schottische Währung und vier Prozent einen Beitritt zur Eurozone (24 Prozent sagten aus, sie seien nicht hinreichend informiert, um eine Entscheidung zu treffen, und vier Prozent gaben keine Antwort). Siehe What Scotland Thinks, Which currency option would be best for Scotland?, unter: <http://whatscotlandthinks.org/questions/which-currency-option-would-be-best-for-scotland>.

21 Der erste Satz des Abschnitts „Wie die Unabhängigkeit aussehen wird“ des SNP-Taschenführers zur Unabhängigkeit lautet: „Ein unabhängiges Schottland wird ziemlich genau so aussehen wie heute.“ Scottish National Party, Choice: An historic opportunity for our nation, 2012, S. 11.

ation führen würde, in der Schottland *weniger* Kontrolle über die Währungs- politik haben würde als derzeit als Teil des Vereinigten Königreichs. Das- selbe Argument könnte auch im Hinblick auf die gelegentlichen Andeutun- gen des *Yes*-Lagers geltend gemacht werden, langfristig den Euro einzufüh- ren. Wieder einmal konnten die Unabhängigkeitsgegner darauf aufmerksam machen, dass die Unabhängigkeitspläne der SNP nicht nur riskant waren, sondern auch auf einen Verlust an Autonomie, zumindest aber auf einen Ein- flussverlust hinausliefen.

Mitgliedschaft in der Europäischen Union

Ähnlich verhielt es sich mit der Frage der EU-Mitgliedschaft. Laut *White Paper* bestand „die gegenwärtige Politik der schottischen Regierung darin, dass Schottland Teil der Europäischen Union bleibt“.²² Ein „nahtloser Über- gang zu einer unabhängigen EU-Mitgliedschaft“²³ sei möglich, da die schottischen Gesetze sich weiterhin im Einklang mit dem EU-*Acquis* befänden („*continuity of effect*“).²⁴

Diese Einstellung wurde nicht so schnell deutlich wie die Haltung der SNP zur Währungsunion, da die Zahl der Akteure, die in den verschiedenen juris- tischen und administrativen Fragen ein Mitspracherecht hatten, sehr hoch war. Dazu gehörten die Regierungen aller EU-Länder sowie die Europäische Kommission und andere Organe der EU. Viele von ihnen wollten sich aller- dings nicht zu einem Thema äußern, das als innere Angelegenheit des Verei- nigten Königreichs betrachtet wurde. Die Schwäche der Position der SNP war jedoch auch hier nicht zu übersehen, da die Partei zu keiner Zeit im- stande war, eine Antwort auf die Fragen zu geben, die Skeptiker u.a. im Zu- sammenhang mit dem Zeitrahmen der EU-Mitgliedschaft oder mit der Mög- lichkeit eines Vetos gegen eine schottische Mitgliedschaft durch diejenigen Mitgliedstaaten, in denen es ebenfalls Unabhängigkeitsbewegungen gibt, so z.B. insbesondere Spanien, stellten. Ebenso wie bei dem Thema Währungs- union lässt sich zwar die Ehrlichkeit – oder zumindest Transparenz – der SNP durchaus in Zweifel ziehen; es ist jedoch verständlich, weshalb sie auch hier stets behauptete, dass sich im Grunde genommen nichts ändern würde. Zum einen diente diese Rhetorik dazu, die schottischen Wähler zu beruhigen. Gleichzeitig konnte *Yes Scotland* aber auch die EU damit zu einem Haupt- thema seiner Kampagne machen. Dies war zum Teil auf die Popularität – in Großbritannien insgesamt, nicht jedoch in Schottland – der EU-feindlichen UKIP (von der erwartet wird, dass sie bei den Wahlen im Jahr 2015 bis zu 20 Prozent der Stimmen erlangt) und zum Teil auf das Versprechen der Konser- vativen zurückzuführen, im Falle eines Wahlerfolgs ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens abzuhalten.

22 Scotland's Future, a.a.O. (Anm. 18), S. 25.

23 Ebenda, S. 220.

24 Vgl. ebenda, S. 221-222.

Die Gegner der Unabhängigkeit nutzten die Ungewissheit sowohl in der Frage, ob Schottland in der EU würde bleiben können, als auch darüber, ob ein beschleunigter Beitrittsprozess möglich sei (das *White Paper* ging von 16 Monaten als einem realistischen Zeitrahmen aus, womit die Verhandlungen vor dem geplanten Tag der Unabhängigkeit im März 2016 abgeschlossen sein könnten), dazu, das Schreckgespenst heraufzubeschwören, dass es letztendlich Schottland sein könnte, das sich außerhalb der EU wiederfindet – mit allen Risiken, die sich daraus ergäben.

Wie im Falle der Währungsunion war auch die Position der SNP zur EU-Mitgliedschaft ein gewagtes Spiel, das darin bestand, eine höchst zuversichtliche Prognose als sichere Tatsache zu verkaufen. Die Unabhängigkeitsbefürworter versuchten, die Ungewissheit über die Zukunft eines unabhängigen Schottlands innerhalb der EU zu kaschieren, indem sie ihre Gegner als Panikmacher darstellten und die Risiken hervorhoben, die Großbritannien selbst einginge, falls es nach einem Referendum im Jahr 2017 aus der EU austräte. Eine solche Taktik kann zwar bei denjenigen, die bereits von etwas überzeugt sind, zu einer trotzigem Entschlossenheit führen, nicht jedoch Skeptiker und solche, die in einer Frage bislang neutral sind, überzeugen. Angesichts dessen, was auf dem Spiel stand, was dies eine der größten Schwächen der *Yes*-Kampagne.

Im Zusammenhang mit der Frage der EU-Mitgliedschaft hat diese „Hoffnung-kontra-Angst“-Rhetorik ebenso wie in der Frage der Währungsunion dazu geführt, dass praktische Fragen – Grenzregime, Schottlands Ansinnen, den „Brittenrabatt“ beizubehalten, die Verpflichtung neuer EU-Mitglieder, den Euro einzuführen, etc. – kaum ausgiebig diskutiert wurden. Ich halte dies generell für eine strukturelle Schwäche der Ausführung des Referendums. Wenn Fragen dieser Größenordnung dermaßen ungewiss bleiben, verlangt man von den Wählern, die „Katze im Sack“ zu kaufen. Da überrascht es nicht, dass eine sachliche Debatte im Vergleich zu dem rhetorischen Gehabe auf beiden Seiten nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Eine mögliche Lösung dieses Problems könnte ein zweistufiges Referendum sein. Wenn in einer ersten Runde eine Mehrheit der schottischen Regierung grünes Licht für die Einsetzung eines Gremiums gibt, das über konkrete Regelungen für die Unabhängigkeit verhandelt und einen entsprechenden Entwurf – ebenso wie einen Verfassungsentwurf – ausarbeitet, könnten die Bürger über diese Vorschläge in einem zweiten Wahlgang abstimmen.

Auf die Wirtschaft kommt es an, Dummkopf!

Die Währungsunion mit dem Vereinigten Königreich und die EU-Mitgliedschaft waren zwei Themen, bei denen die Anhänger eines unabhängigen Schottland „harten Fakten“ gegenüberstanden, die sich nicht allein mit der Kraft der Vorstellung überwinden ließen. Der dritte maßgebliche Faktor, der daher meiner Einschätzung nach das Ergebnis des Referendums entscheidend

beeinflusst hat, ist der Bereich *par excellence*, in dem harte Fakten und unbequeme Wahrheiten eine bestimmende Rolle spielen: die Wirtschaft.

Auch wenn ich nicht näher auf dieses Thema eingehen werde, da dies nicht mein Spezialgebiet ist, ist es gerade deshalb besonders wichtig, weil die Wirtschaft der am meisten globalisierte Bereich des modernen Lebens ist. Dass es der Unabhängigkeitsbewegung nicht gelungen ist, den Streit um die wirtschaftlichen Konsequenzen für sich zu entscheiden, ist daher beispielhaft für das Scheitern nationaler Vorstellungen angesichts supranationaler Kräfte. In einer Hinsicht erwiesen Wirtschaftsfragen sich während des größten Teils der Unabhängigkeitskampagne für keine der beiden Seiten als Vorteil: Selbst das *Better-Together*-Lager räumte ein, dass eine unabhängige schottische Wirtschaft wahrscheinlich überlebensfähig wäre. Vielleicht entsprang dieses Eingeständnis der Befürchtung, dass eine gegenteilige Behauptung zu patriotischer Empörung geführt und damit die secessionistische Bewegung gestärkt hätte. Dennoch hatten die Unabhängigkeitsgegner mehrere Vorteile auf ihrer Seite:

- Die Zahlen der SNP waren problematisch (die Einschätzung des Ölpreises und der Möglichkeit eines Öl-Fonds sowie der Finanzierung des Haushalts durch Öl war sehr optimistisch).
- Das Hausieren mit der bekanntesten Wirtschaftsorganisation, die für die Unabhängigkeit eintrat – *Business for Scotland* – war lächerlich. Kein einziger der größeren Arbeitgeber in Schottland ließ sich dadurch gewinnen.
- Die Andeutung der *Yes-Scotland*-Kampagne, dass sich ein unabhängiges Schottland weigern könnte, einen Teil der Schulden Großbritanniens zu übernehmen, sollte dieses eine Währungsunion ablehnen, führte zu Spekulationen darüber, wie sich ein solches Verhalten auf die Kreditwürdigkeit des neuen Staates auswirken würde.
- Es ist der Unabhängigkeitskampagne nicht gelungen, die Angst vor den Konsequenzen der Unabhängigkeit für den (gewaltigen) schottischen Finanzsektor zu zerstreuen, der einen größeren Anteil am BIP ausmacht als selbst die Finanzsektoren in Island und Irland vor der Finanzkrise.
- Und schließlich kamen in den letzten Tagen der Kampagne zahlreiche Gerüchte über mögliche Arbeitsplatz- bzw. Einnahmeverluste auf, als große Institutionen ihre Notfallpläne verkündeten, im Falle eines „Ja“ bei der Abstimmung Schottland zu verlassen.

Obwohl die Überlebensfähigkeit der schottischen Wirtschaft als solche so gut wie nie in Frage gestellt wurde, konnten die Unabhängigkeitsbefürworter dem Eindruck kaum etwas entgegensetzen, dass Finanz- und Unternehmensinteressen im Großen und Ganzen gegen die Unabhängigkeit sprachen und dass man dem rosaroten Bild, das die SNP malte, nicht trauen konnte. Wieder einmal kollidierte die Kraft der Vorstellung mit den harten Fakten des (wirt-

schaftlichen) Lebens, die ein Staat kaum kontrollieren kann (der Ölpreis, der Standort großer Unternehmen etc.).

Keine nationalen Antworten auf internationale Probleme

Es gibt kaum konkrete Belege dafür, warum Wähler mit „Nein“ stimmten. Interessant ist jedoch, dass die am häufigsten zitierte Meinungsumfrage nach dem Referendum nahelegt, dass der entscheidende Grund für die Ablehnung der Unabhängigkeit der war, dass „die Risiken der Unabhängigkeit im Zusammenhang mit Themen wie Währung, EU-Mitgliedschaft, Wirtschaft, Arbeitsplätze und Preise einfach zu groß wirkten“²⁵ (so 57 Prozent der „Nein“-Wähler).

Allen drei Gründen für das Scheitern des Referendums, auf die ich mich konzentriert habe, ist ihr supranationaler Charakter gemeinsam: Der Wunsch nach einer Währungsunion mit dem Vereinigten Königreich, der Wunsch nach einer Fortsetzung der EU-Mitgliedschaft und der Wunsch nach wirtschaftlicher Stabilität erfordern allesamt die Kooperation mit Kräften außerhalb des schottischen Staates. Meiner Ansicht nach hat die schottische Bevölkerung die Unabhängigkeit deswegen abgelehnt, weil diese Kooperation nicht garantiert werden konnte.

Der bereits vor der endgültigen Formulierung der Referendumsfrage zum Ausdruck gebrachte Wunsch einer Mehrheit der schottischen Wähler nach vollständiger finanzpolitischer Autonomie, ohne jedoch die staatlichen Bindungen aufzugeben (oder die Verantwortung für die Außen- oder Verteidigungspolitik zu übernehmen – eine als „Devo Max“, also maximale Dezentralisierung, bezeichnete Option),²⁶ belegt die weitverbreitete Einsicht, dass eine vollständige Unabhängigkeit mit Risiken verbunden gewesen wäre. Es wurde häufig spekuliert, dass der pragmatische und abwägende Salmond selber eine „Devo Max“ bevorzugt hätte, vielleicht als ein Schritt auf dem Weg zu einer Unabhängigkeit in fernerer Zukunft. Es wäre jedenfalls typisch für ihn. Die Forderung nach „größeren Befugnissen“ besteht zweifellos auch nach dem Referendum weiter. Auf das genaue Wesen dieser Befugnisse und die zahllosen damit verbundenen Schwierigkeiten werde ich in meinem Fazit eingehen.

25 Lord Ashcroft, How Scotland voted and why, Lord Ashcroft Polls, 19. September 2014, unter: <http://lordashcrofthpolls.com/2014/09/scotland-voted>.

26 Siehe z.B. <http://ukpollingreport.co.uk/scottish-independence>. Dort gewinnt die Option „Devo Max“ in zwei von drei Umfragen. Vgl. auch die Meinungsumfrage des Courier unter: <http://www.thecourier.co.uk/news/politics/courier-poll-a-blow-to-snp-s-independence-hopes-1.54204>, nach der 41 Prozent die Option „mehr Befugnisse“ favorisierten.

Fazit: Kein Ende einer Geschichte

Obwohl das Referendum gescheitert ist, kann die Lage in Schottland Ende 2014 nur als ungewiss bezeichnet werden. Die Basisbewegung ist noch stärker geworden, obwohl sie nun gezwungenermaßen nicht mehr zur sofortigen Unabhängigkeit aufruft, sondern zu einer weiteren Dezentralisierung. Die Mitgliederzahl der SNP ist mehr denn je gestiegen – von 25.000 im September auf rund 100.000 im Dezember 2014, die SNP ist nun die drittgrößte Partei im Vereinigten Königreich.

Unmittelbar nach dem Referendum verlagerte sich die Aufmerksamkeit vom Thema Unabhängigkeit auf die Forderung nach mehr Befugnissen für *Holyrood*. Diese war seit Gründung des schottischen Parlaments zwar stets ein wichtiger Aspekt der Dezentralisierung gewesen,²⁷ der sich nach dem Referendum jedoch besonders stark bemerkbar machte, vor allem seit die Vorsitzenden der drei größten britischen Parteien zwei Tage vor der Abstimmung eine Ausweitung der Befugnisse versprochen hatten.²⁸ Genau dieses Versprechen, dass die Schotten in den Genuss „des Besten beider Welten“ kämen, wenn sie mit „Nein“ stimmen, ist ein weiterer entscheidender Faktor, der häufig als Grund für das Scheitern des Referendums genannt wird.

Ein aus Vertretern aller Parteien bestehendes Gremium, das direkt nach dem Referendum eingerichtet wurde, um Empfehlungen für eine weitere Dezentralisierung der Macht zugunsten des schottischen Parlaments zu erarbeiten (die *Smith Commission*), legte Ende November einen Bericht vor, in dem eine ganze Reihe von erweiterten Befugnissen empfohlen wurde, darunter umfangreiche Befugnisse zur Festlegung der Einkommensteuer, zur Einbehaltung eines Teils der in Schottland erhobenen Mehrwertsteuer, die Entscheidungsbefugnis über einige der Sozialleistungen und die Aufnahme größerer Kredite.

Doch nun wird es kompliziert. Nicht nur die Unabhängigkeitsbefürworter, sondern laut Umfragen auch die Mehrheit der schottischen Bevölkerung finden, dass diese Vorschläge nicht weit genug gehen. Zudem wird zwar ein Gesetzentwurf über die neuen Befugnisse im Januar 2015 im britischen Parlament debattiert werden, doch wird vor den britischen Parlamentswahlen am 6. Mai kein Gesetz verabschiedet werden. Bei diesen Wahlen wird die SNP ihren Stimmenanteil wahrscheinlich drastisch erhöhen können. Beobachter

27 Die *Calman Commission*, die 2007 eingerichtet worden war, um die Dezentralisierung Schottlands zu überprüfen, empfahl 2009, die Machtbefugnisse der schottischen Regierung zu erweitern. Diese wurden 2012 mit dem *Scotland Act* gesetzlich verankert und schließen die Befugnis ein, die Höhe der Einkommensteuer zu bestimmen und Schulden aufzunehmen. Das Gesetz tritt 2015 in Kraft.

28 Für dieses Gelöbnis bürgerte sich der Name „*The Vow*“ („der Schwur“) ein, so benannt nach einer Schlagzeile des Daily Record vom 15. September 2014. Vgl. David Cameron, Ed Miliband and Nick Clegg sign joint historic promise which guarantees more devolved powers for Scotland and protection of NHS if we vote No, in: Daily Record, 15. September 2014, unter: <http://www.dailyrecord.co.uk/news/politics/david-cameron-ed-miliband-nick-4265992>

warnen davor, dass die SNP die *Labour*-Vorherrschaft beenden könnte, was die Entsendung der Abgeordneten aus Schottland nach Westminster angeht.²⁹ Die SNP könnte sogar ausschlaggebend für die Mehrheitsverhältnisse im britischen Parlament sein was für die weiteren Diskussionen über die Verfassung sicherlich eine interessante Situation wäre.

Bei den britischen Parlamentswahlen im Jahr 2015 wird die UKIP laut Umfragen wahrscheinlich zwischen 15 und 20 Prozent der Stimmen gewinnen, was ihr mindestens eine Handvoll Sitze verschaffen würde. Obwohl die UKIP auch in Schottland einige Anhänger hat (seit 2014 gibt es einen schottischen UKIP-Abgeordneten im Europäischen Parlament), wird sie doch weitgehend als englische Partei wahrgenommen (bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 erhielt die UKIP in Schottland 10,5 Prozent der Stimmen, in gesamten Vereinigten Königreich hingegen 27,49 Prozent, womit sie zur erfolgreichsten Partei wurde).³⁰ Ein gutes Ergebnis für UKIP südlich der Grenze dürfte das Gefühl der Entfremdung vom politischen *Mainstream* in Westminster unter den Schotten nur noch verstärken.

Das in jüngster Zeit gute Abschneiden der UKIP ging weitgehend auf Kosten der Konservativen. Die solchermaßen unter Druck geratenen *Tories*, die zusehen müssen, wie ihre Unterstützer zu einer weiter rechts stehenden, euroskeptischeren Partei abwandern, werden ihre Parteiführung daher vermutlich dazu drängen, sich ebenfalls nach rechts zu bewegen, was in Schottland sicher nicht gut ankommen wird. Zu dieser Strategie gehört auch das von David Cameron versprochene und im gesamten Vereinigten Königreich stattfindende Referendum über die EU-Mitgliedschaft, das bei den britischen Wahlen 2015 wahrscheinlich eine große Rolle spielen wird.

Ein deutlicher Sieg für *Labour* im Mai 2015 wäre das Einzige, was den politischen Sturm in Schottland etwas beruhigen könnte, da er einen Keil in das Bündnis aus Nationalisten und Radikalen treiben würde, das die Unabhängigkeitskampagne vorangetrieben hat. Die meisten Kommentatoren halten eine *Labour*-Mehrheit zurzeit jedoch für unwahrscheinlich und gehen eher von einem Parlament ohne eine beherrschende Mehrheit als wahrscheinlichstem Wahlergebnis aus.

Ein weiterer Streit, der schon seit den 1970er Jahren schwelt, ist der Disput um die sogenannte „West-Lothian-Frage“³¹ der „englischen Stimmen für

29 Vgl. z.B. Tom Clark, Labour set for a bloodbath in Scotland in general election, poll says, in: The Guardian, 26. Dezember 2014, unter: <http://www.theguardian.com/uk-news/2014/dec/26/labour-bloodbath-scotland-general-election-2015-snp-westminster>.

30 Die Ergebnisse, einschließlich einer Aufschlüsselung für Schottland, finden sich bei Wikipedia, European Parliament election, 2014 (United Kingdom), unter: [http://en.wikipedia.org/wiki/European_Parliament_election,_2014_\(United_Kingdom\)#Results](http://en.wikipedia.org/wiki/European_Parliament_election,_2014_(United_Kingdom)#Results); im deutschen Wikipedia-Eintrag ist die Aufschlüsselung nach Wahlkreisen lediglich graphisch dargestellt, siehe Wikipedia, Europawahl im Vereinigten Königreich 2014, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl_im_Vereinigten_K%C3%B6nigreich_2014.

31 Der Name stammt daher, dass die Frage 1977 im Parlament von dem damaligen Abgeordneten für West Lothian, Tam Dalyell, aufgeworfen wurde. Im Kern geht es darum, dass es in England keine Dezentralisierung gibt. Über Gesetze, die England betreffen (und Wales, sofern es nicht an die *National Assembly of Wales* übertragen), wird von britischen Abge-

englische Gesetze“ („*English votes for English laws*“, EVEL). David Camerons Entscheidung, eine weitere Dezentralisierung Schottlands nach dem Referendum mit einem Fortschritt in der West-Lothian-Frage zu verknüpfen, kann als Versuch gesehen werden, denjenigen, die mehr Befugnisse für *Holyrood* fordern, ein wenig den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ob es in England einen wirklichen Willen zur Dezentralisierung gibt, wird sich erst noch zeigen müssen.

Und als ob all dies noch nicht genug Ungewissheit bedeuten würde, finden am 5. Mai 2016 auch noch schottische Parlamentswahlen statt. Zwar ist es unwahrscheinlich, dass die SNP mit dem Versprechen eines weiteren Unabhängigkeitsreferendums zu diesen Wahlen antreten wird.³² Doch wenn in der Politik eine Woche eine lange Zeit ist, dann sind anderthalb Jahre eine Ewigkeit.

ordneten abgestimmt, also auch jenen, die schottische Wahlkreise vertreten (allerdings enthält sich die SNP bei den entsprechenden Abstimmungen).

32 Obwohl auch ein weiteres Referendum das Einverständnis der britischen Regierung erfordern würde – was wohl kaum zu erwarten wäre. Dies würde zu einer Situation führen ähnlich der in Katalonien/Spanien.